

Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Fraktionsleitungsteam
Jens Matthias & Kathrin Anders



20. Januar 2019

Haushaltsantrag Gegen den Verkehrskollaps

Sehr geehrter Herr Anders,

wir bitten Sie folgenden Haushaltsantrag auf die Tagesordnung für die nächsten Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und der Stadtverordnetenversammlung zu setzen.

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, in den Haushalt Mittel zur Vermeidung des Verkehrskollaps in Bad Vilbel einzustellen:

1. Planungs- und Marketingkosten in Höhe von 25.000.- € für eine Machbarkeitsstudie
Verlängerung Tram 18 bis zum Bad Vilbeler Südbahnhof
2. Planungskosten 15.000.- € „ÖPNV first“ in Bad Vilbel z.B. durch die Schaffung von Busspuren
und dem Ausbau des ÖPNVs zur Vermeidung des Anstiegs des Individualverkehrs

Begründung

Das Thema Verkehr ist für viele Vilbeler*innen die belastendste Erfahrung ihres Alltags. Daher ist es unverständlich, dass im vorgelegten Doppelhaushalt Ansätze für Abhilfen kaum zu finden sind. Beispielsweise ist in der Position „Optimierung des ÖPNV“ kein Geld eingestellt.

Im Einzelnen:

Der zukunftsweisendste Aspekt der persönlichen Ideensammlung des 1. Stadtrats zur Verkehrsentwicklung ist das Abrücken von der Ablehnung, die Tram 18 zum Südbahnhof Bad Vilbel zu verlängern. Eine Machbarkeitsstudie liegt den Stadtverordneten nicht vor. Da es diverse Probleme gibt, die ggf. nur zu erheblichen Kosten zu überwinden sind, die die Wirtschaftlichkeit in Frage stellen, soll durch eine Studie den Stadtverordneten und der Öffentlichkeit gegeben werden, sich ein Bild zu machen und zu bewerten, ob die Verlängerung weiter verfolgt werden kann oder eine alternative Lösung für die Verbindung zur Friedberger Landstraße und Zeil gefunden werden muß. Denn für verkehrstechnische Realisierungen ist 2030, auf das der Masterplan sich bezieht, sehr nahe.

„ÖPNV first“ in Bad Vilbel. Das dahin ein weiter Weg ist, zeigen nicht zuletzt die Anstrengungen der letzten Jahre, allmählich die Verschlechterungen der neuen Vilbus-Betriebsstruktur in den Griff zu bekommen, weil die neue Struktur bei der Einführung erkennbar auf Kostenreduzierungen und nicht auf Leistungsverbesserungen ausgerichtet war. Die Antragsteller*innen sehen in sinnvollen Verbesserungen die beste Möglichkeit, eine Entspannung der Mobilitätssituation zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen
im Namen der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Jens Matthias & Kathrin Anders